

Calmer Wochenblatt

Nr. 268.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

84. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 25 Pf. Bekannte u. Wig. — Schluss der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag, den 17. November 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zusage 3 Pf. 30 Vierteljährlich. Postbezugspreis im Ort u. Nachbezugspreis 3 Pf. 50. Fernbezug 3 Pf. 30. Vierteljährlich u. Postschlag 3 Pf.

Dramatische Szenen im Untersuchungsausschuss.

* Am Freitag und Samstag haben die Verhandlungen und Vernehmungen im Parlament. Untersuchungsausschuss zu recht starken Auseinandersetzungen zwischen den Untersuchungsbeauftragten und Beisitzern einerseits und den Zeugen andererseits geführt. Es handelt sich immer noch um die Beantwortung der Frage, ob der verschärfte U-Bootkrieg infolge des dadurch veranlassenen Eingreifens Amerikas indirekt zu unserm Zusammenbruch geführt hat. Am Freitag wurde der frühere Vizefinanzminister Dr. Helfferich weiter vernommen. Er wies darauf hin, daß die gemeinsame Antwort der Entente vom 10. Januar 1917 an Wilson die Friedensstürke schallend ins Schloß geworfen habe, denn bekanntlich war diese Antwort in einer so brüsk ablehnenden und verletzenden Weise erfolgt, daß an einen Verständigungswillen nicht zu denken war. Nach der öffentlichen Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch Lloyd George am 20. Dezember habe Ludendorff an Bethmann telegraphiert, daß nach den Umständen, die er an der Westfront erhalten habe, er zu der Überzeugung gekommen sei, daß nunmehr der unbeschränkte U-Bootkrieg mit aller Energie einzusetzen müsse. Am 8. Januar habe dann Hindenburg telegraphiert, daß er die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkriegs zum 1. Februar für notwendig halte. Und am 9. Januar sei dieser Beschluß in Berlin erfolgt. Helfferich begründete seine Meinungsänderung über den verschärfsten U-Bootkrieg, gegen den er sich vorher mit aller Macht wegen der amerikanischen Gefahr ausgesprochen hatte, damit, daß die Versorgungsverhältnisse Englands infolge der ungünstigen Ernte schlechter geworden seien, die Zufuhren seien immer mehr zurückgegangen. Die Erfolge des U-Bootkrieges hätten mit großer Wahrscheinlichkeit in Aussicht gestellt, daß die Erfolgsberechnungen des Admiralstabs noch übertroffen werden würden. In den englischen Häfen seien die Wirkungen immer fühlbarer geworden. Eine weitere Einschränkung sei durch den unbeschränkten U-Bootkrieg noch zu erwarten gewesen, wodurch England fühlbarer an der Wurzel seiner Wirtschaft gefaßt worden wäre. Trotz dieser Sachlage habe er jedoch von der Erklärung des U-Bootkriegs abgeraten, ehe die Friedensfrage nicht klar erledigt gewesen sei, um den letzten, vielleicht doch noch vorhandenen Rest einer Friedensausicht nicht zu zerstören. Als Bethmann ihm am 12. Januar die Entscheidung überträgt habe, sei er auf das Heftigste erschüttert gewesen, weil er die Entscheidung in diesem Augenblick, in dem ihm die Friedensfrage noch nicht als abgeschlossen erschien, für einen Fehler betrachte habe, der die ganze gute Wirkung unseres Friedensangebots bedrohte. Auf die Entscheidung hin habe er an Rücktritt von seinem Amte gedacht, er habe jedoch diesen Gedanken fallen lassen, als ihm weitere Einzelheiten über die Verhandlungen mitgeteilt worden seien, aus denen er entnehmen habe, daß es keinen Frieden ohne weiteren Kampf geben könne. Er übernehme deshalb die politische und moralische Verantwortung für den verschärfsten U-Bootkrieg. Die Ereignisse in Amerika hätten die Wichtigkeit seiner Auffassung bestätigt. Die Politik Wilsons habe gezeigt, daß auf Amerikas Hilfe nicht zu rechnen sei. Trotzdem habe man auch den letzten Versuch vom 28. Januar nicht ausgespart gelassen. Es handelt sich unseres Wissens hier um das Telegramm des deutschen Botschafters, des Grafen Bernstorff, daß der verschärfte U-Bootkrieg unterbleiben solle, weil Wilson nochmals eine Vermittlung versuchen wolle. Die Regierung telegraphierte wie bekannt damals an Bernstorff, die Zurücknahme des Beschlusses sei technisch undurchführbar; man sei aber bereit, den U-Bootkrieg einzustellen, sobald eine aussichtsreiche Vermittlung erfolge. Jeder unvoreingenommene Beurteiler der Festung Amerikas wird Helfferich Recht geben, wenn er sagte: daß Wilson, falls es ihm um den Frieden ernst gewesen wäre, sich hätte durch das Telegramm nicht von seiner Vermittlung abbringen lassen sollen. Und wenn Helfferich die erneute Vermittlungsschicht Wilsons als moralische Falle bezeichnet, so wird man ihm auch darin zustimmen können, denn für uns ist es klar, daß Wilson nur Verschleppungsabsichten

hatte, um England die Verproviantierung zu ermöglichen. Amerika hatte sich 2 1/2 Jahre jede Einschränkung und Beaufsichtigung seines Handels von Seiten Englands gefallen lassen, es empfand keine moralische Enttäuschung, daß England (durch Amerikas Mißhilfe) ein 60-Millionen-Volk aushungerte, aber Wilson entschloß sich sofort für den Krieg, als Deutschland sich zu derselben Gegenmaßnahme aus wirklicher Notwehr heraus entschied. Helfferich wandte sich nun gegen die Bemerkung des derzeitigen Reichsministers Dr. David, nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses sei es erwiesen, daß man den Reichstag in der U-Bootfrage hinter das Licht geführt habe, und daß man an Wilson einen plummen Petrus versucht habe. Helfferich erklärte dagegen, er habe dem Reichstag klaren Wein über alle diesbezüglichen Fragen eingeschenkt; er habe nur die Hoffnung ausgesprochen, daß es gelingen würde, England friedensbereit zu machen, ehe Amerika in der Lage wäre, einzuziehen, er habe aber hinzugesetzt, daß man eine Garantie nicht übernehmen könne. Reichsminister Dr. David stellte gegenüber den Bemerkungen Helfferichs fest, daß seine Ausführungen den Tatsachen nicht wiederzugeben seien. Er habe in der Versammlung erklärt, daß das Unheil für das deutsche Volk nicht durch die Revolution, sondern durch die Niederlage herbeigeführt worden sei und daß es aus militärischen Gründen gekommen sei, bevor die Revolution ironisch in Sicht gewesen sei. Der Reichstag habe nichts von Derselben des Grafen Bernstorff über Wilsons Absichten einer neuen Vermittlung erfahren, und ebensowenig von Bernstorffs Mitteilung, daß es ausgeschlossen sei, eine Friedensaktion zu erwarten, wenn der verschärfte U-Bootkrieg erklärt werde. So sei der Reichstag blind ins Verhängnis geführt worden. So mußte der Eindruck erweckt werden, daß der Krieg mit Amerika von unserer Diplomatie geradezu herausgefordert worden sei. In starker Erregung wandten sich Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär Zimmermann gegen die Vorwürfe. In der Samstagssitzung, über die wir morgen eingehend berichten werden, wurde Helfferich dann in eine Geldstrafe von 200 M genommen, weil er sich weigerte, auf direkt an ihn gestellte Fragen des Abg. Cohn, der bekanntlich mit zu den Führern der Revolution gehört, zu antworten. Helfferich begründete seine Haltung damit, daß der Untersuchungsausschuss eingesetzt sei, um die Gründe zu prüfen, die zum Zusammenbruch des Reichs geführt haben. Nach seiner Auffassung aber sei Cohn an diesem Zusammenbruch ganz unmittelbar beteiligt, weil er sich vom russischen Bolschewiker habe Geld geben lassen, um Deutschland zu revolutionieren.

Zur äußeren Lage.

Die Ententenote über die oberschlesischen Gemeindevahlen.

* Berlin, 15. Nov. Der deutschen Delegation in Paris hat der Oberste Rat folgende Note vom 13. November überandt: „Auf die von den a. und a. Hauptmächten vom 30. Oktober 1919 gestellten Fragen hat die deutsche Delegation am 7. November geantwortet, daß am 9. November 1919 die Gemeindevahlen in Oberschlesien abgehalten werden würden. Sie hat gleichzeitig die Gründe dargelegt, aus denen die preussische Regierung über die Bemerkungen der genannten Mächte hinwegsehen zu sollen glaubte. Wenn man sich an den Wortlaut des Versailler Vertrags hält, so ist es unbestreitbar, daß der preussische Staat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Verwaltung in den oberschlesischen Abstammungsgebieten ausüben kann. Aber es erregt Verwunderung, daß die preussische Regierung mit der Abhaltung der Wahlen bis zu dem Augenblick gewartet hat, wo das Inkrafttreten des Vertrages, wie die Regierung hat wissen müssen, nahe bevorsteht. In der Tat wird sich nicht bezweifeln lassen, daß die unter solchen Umständen vorgenommenen Wahlen, welche die erste Bestrafung nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages darstellen, durch die bestehenden nationalen Parteien dahin ausgelegt werden, daß sie über die Stärke dieser Parteien

Anhaltspunkte liefern, die man als maßgeblich für den voraussichtlichen Ausfall der Volksabstimmung verwerten wird. Es ist wahrscheinlich, daß diese Wahlen zum Vorwande von allerlei Treibereien dienen werden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal des Landes zu beeinflussen. Der Einfluß oder die Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattgefunden haben, sind weit entfernt, den Bedingungen zu gleichen, denen die Freiheit der Volksabstimmung unterliegen muß. Unter diesen Umständen sehen sich die a. und a. Mächte gezwungen, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß sie es als ihr Recht betrachten, die vor dem Inkrafttreten des Friedens und gegen ihre begründete Auffassung in Oberschlesien veranfaßten Gemeindevahlen als nichtig und nicht bestehend zu erklären. Die Internationale Kommission wird veranlaßt werden, bei der Übernahme ihres Dienstes entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Ein deutscher Kommentar zur Ententenote.

Berlin, 16. Nov. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu der Ententenote über die Wahl in Oberschlesien u. a.: Die Note bestreitet nicht, daß bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Souveränität und die Verwaltungsbefugnis im oberschlesischen Abstammungsgebiete dem preussischen Staate zusteht. Auf Grund dieser Verwaltungsbefugnis sind die oberschlesischen Gemeindevahlen ausgeschrieben worden. Erkennt aber der Oberste Rat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages dem gesetzlichen Zustand an, so muß er dies folgerichtig auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten tun. In der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages heißt es: „Die mit der Verwaltung des Landes zu betreuende internationale Kommission ist an die Beobachtung der bestehenden Gesetze gebunden, ohne ein selbständiges Gesetzgebungsrecht zu besitzen.“ Hieraus folgt, daß die internationale Kommission zu einer Beanstandung der Wahlen nur schreiten kann, insofern in den preussischen Gesetzen ein Rechtsgrund für die Beanstandung gegeben ist. Was die Bestimmungen der Note über die hinauschiebung des Wahltermins anbelangt, so hätte die Wahl frühestens im August stattfinden können. In dieser Zeit brach aber in Oberschlesien der Hunger aus, und es mußte erst für die Verhütung des Landes gesorgt werden.

Die Behinderung unserer Offensivfahrt durch die Entente.

Berlin, 17. Nov. Die Offensivfahrt, die von der Freigabe der Fahrten gegen sofortige Geleitscheine eine Erleichterung erhofft hatte, ist, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Stettin berichtet wird, empfindlich getäuscht worden. Die Bewilligung der Geleitscheine dauert acht Tage bis drei Wochen. Für Stützgut und Lebensmittel seien Scheine leichter zu haben, für Ersatzstoffe dagegen überhaupt nicht. Dabei würden bei den Bewilligungen noch allerhand Schikanen ausgeübt, die das ganze Geleitscheinsystem zu einer Komödie machten. Den Reedern werde von einer Ablehnung überhaupt keine Mitteilung gemacht, sobald sie nicht disponieren könnten.

Die Verteilung der deutschen Kolonien.

(WB.) Amsterdam, 15. Nov. „Telegraaf“ meldet aus London: Der britische Kolonialminister teilte im Unterhause mit, daß zwischen der englischen, französischen und italienischen Regierung Verhandlungen über die Durchführung des Vertrags von London geführt werden, wobei festgestellt wurde, daß, wenn England und Frankreich ihren asiatischen Besitz auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, Italien auf eine Grenzverbesserung seiner Kolonien in Afrika Anrecht habe.

Lloyd George über die Ratifikation.

Amsterdam, 16. Nov. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge teilte Lloyd George in den Parlamentarischen Papers mit, man hoffe, daß der Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrages mit Deutschland vor dem Ende dieses Monats vor sich gehen werde.

Die Gefahr der Gefährdung der Ratifikation des Friedensvertrages seitens Amerika.

Washington, 16. Nov. Der Senat hat folgenden Vorbehalt zugestimmt: 1. Die Vereinigten Staaten sind in der Anwendung und Auslegung der Monroe Doktrin souverän. Die Monroe Doktrin unterliegt in keiner Weise der Gerichtsbarkeit des Völkerbundes. 2. Die Vollmachten der Separationskommission betreffen die Regelung des amerikanischen Exports nach Deutschland können nur nach der Sanktion des Kongresses der Vereinigten Staaten zur Anwendung gebracht werden. 3. Dem Kongress wird die Vollmacht verliehen, die Vertreter der Vereinigten Staaten im Völkerbund und in den internationalen Kongressen ernennen zu können. 4. Die Vereinigten Staaten weigern sich, das Abkommen über Espana zu unterzeichnen. 5. Die Vereinigten Staaten erkennen in der Verwaltung der Güter der jedes Rechtsanspruch verlustig erklärten feindlichen Staatsangehörigen nur die Ansprüche der amerikanischen

rdt
rer
Cannstatt
ng.
de und Be
1919,
eier
Bildberg
Seigentel.
uhmacher
ladung ent
ladung.
ng.
de und Be
1. November
stett, stau
er
hofflett.
Michalden.
ler.
pieren!
erordnung
etc.
nschalten,
bei welchen
Besitzer nicht
spapire unter
ralamt) ange
la Stuttgart
eten St. h-
bonsbogen für
en und diese
erale ne
hr
verbüdi
im nicht die alt
uthsteiner sche
nd Wein
ung
ie macht ihn
altbar. Allen
ur durch
rogerie
aw.

Staatsangehörigen an. 6. Der Senat stimmt den Vorbehalten betreffend den wirtschaftlichen Vorkauf und die Rüstungen zu. — Da der Senat alle Vorbehalte mit Ausnahme eines einzigen angenommen hat, verlagte er sich auf nächsten Montag.

Paris, 16. Nov. „Presse de Paris“ berichtet gemäß einer Depesche aus Washington an die Zeitungen, man sei in amerikanischen Kreisen der Ansicht, daß Präsident Wilson über den Senat den Friedensvertrag zurückweisen werden, falls seine Genehmigung von den in der Senatskommission bereits angenommenen Vorbehalten abhängig gemacht wird. Präsident Wilson betrachtet die Zustimmung zu diesen Vorbehalten als mit einer Abweisung des Vertrages gleichkommend.

Haag, 15. Nov. „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß der Senat mit 46 gegen 30 Stimmen den dritten Vorbehalt des Artikels 10 angenommen hat, worin die Vereinigten Staaten der Verpflichtung, zum Schutz der politischen Unverletzlichkeit des Völkerbundes Hilfe zu leisten, erhoben werden und auch ohne Zustimmung des Kongresses kein Heer entsenden dürfen.

Die Kämpfe in Rußland.

Helsingfors, 15. Nov. Nach einer Meldung aus Riga werden dort die Russen für die Nordwestarmee mobilisiert. Ein bolschewistisches Radiotelegramm meldet heftige Kämpfe in Südrussland an der Frontlinie Balaschew—Tscherningar. Im Osten beginnen die Bolschewisten eine Offensive im Uralgebiet. Heftige Kämpfe im Bezirk von Tobolsk und in der Gegend der Mündung des Schilfusses.

Finanzielle Unterstützung der russischen Gegenrevolution durch Japan.

Berlin, 17. Nov. Laut „B. L. N.“ meldet „Daily Herald“ aus Newyork, daß Japan Kollischat eine zweite Anleihe in Höhe von 30 Millionen Yen bewilligt habe.

Amerika erhebt Einspruch gegen belgische Waffenlieferung für Mexiko.

(W.B.) Haag, 16. Nov. „N. Courant“ berichtet aus Washington vom 14. d. Mts., das Staatsdepartement habe Schritte unternommen, um zu verhindern, daß Vorräte von Waffen und Munition aus Belgien nach Mexiko geschickt werden. Der amerikanische Gesandtschaftsrat in Brüssel habe gegen die Verschickung von Waffen aus Belgien nach Mexiko, die, wie verlautet, anfangs Dezember von Antwerpen aus erfolgen sollte, Protest erhoben. — (Und die amerikanische Waffenlieferung für die Entente. Aber das ist natürlich etwas anderes, wenn der Yankee es tut.)

Ausland.

Höchste Not in Wien.

Wien, 17. Nov. Der „Korrespondenz Herzog“ zufolge erreicht die Kohlenlage in Wien derzeit einen noch nie dagewesenen Tiefstand. Für das städtische Elektrizitätswerk langten am Samstag 51 Tonnen Kohlen an, während der Verbrauch 1100 Tonnen beträgt. Fast alle Mittelschulen gaben ihren Schülern für die kommende Woche Kälteferien, die wahrscheinlich noch länger ausgedehnt werden. Auch die Lebensmittelverhältnisse sind angegriffen, des Ausbleibens der auswärtigen Zufuhren halber.

Schöne Zustände in Moskau.

Amsterdam, 15. Novbr. „Telegraaf“ meldet aus London: Der Verteidigungsausschuß in Moskau berichtet, daß dort am 4. Nov. ein Bombenanschlag verübt wurde, bei dem mehrere Personen getötet und verwundet wurden. Der Ausschuß beschuldigt die Anarchisten, daß sie Anschläge gegen Sowjetrußland organisieren. Die Bolschewisten veranstalteten einen Angriff auf das Hauptquartier der Verschwörer, die dabei das ganze Gebäude in die Luft sprengten. Sämtliche Verschwörer sind dabei umgekommen.

Brennstoffmangel auch in Canada.

(W.B.) Amsterdam, 16. Nov. Die „Times“ berichten aus Toronto, in einigen Gemeinden von Kanada herrsche solcher Mangel an Brennstoffen, daß die Bauern alles, was nicht niest- und nagelfest ist, zum Heizen verwenden, um ihre Familien vor dem Erfrieren zu schützen.

Deutschland.

Hindenburg in Berlin.

Berlin, 16. Nov. Die Zeitung „Post“ hat von dem Besuche des Reichswehrministers Noske bei dem Generalfeldmarschall von Hindenburg in einer Form berichtet, als ob der Minister wie ein lästiger Bittsteller vom Feldmarschall empfangen worden wäre. Dazu erfahren wir: Als feststand, daß Feldmarschall von Hindenburg als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erscheinen werde, ist vom Reichswehrministerium aus alles getan worden, was möglich ist dem Feldmarschall die Reise und den Aufenthalt in Berlin so bequem wie möglich zu machen. Es ist ihm ein Salonwagen gestellt worden, für Berlin ein Auto und ein Offizier vom Dienst beim Feldmarschall kommandiert worden. Der Feldmarschall hat im Kriegsministerium Besuch gemacht. Darauf hat ihm Oberst Reinhardt als Chef der Heresleitung, sowie Reichswehrminister Noske ihre Aufwartung gemacht. Das, was die „Post“ über die Unterredung des Feldmarschalls mit dem Minister mitteilt, ist sachlich unrichtig. Zutreffend ist, daß der Feldmarschall in regem Interesse sich nach den Zuständen in der Reichswehr erkundigt und gute, sachverständige Ratschläge über den weiteren Ausbau unserer geringen Wehrmacht erteilt hat, die selbstverständlich die ernsteste Beachtung finden.

Protestversammlungen in Berlin gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen.

Berlin, 16. Nov. In 10 großen, zahlreich besuchten Versammlungen vereinigte sich heute die Bevölkerung Groß-Berlins, um nochmals nachdrücklich Protest zu erheben gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen in Frankreich. Die Versammlungen nahmen

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ämterversammlung.

Die heutige Ämterversammlung findet am Mittwoch, den 26. November 1919, vormittags 8 Uhr, im großen Rathsaussaal in Calw statt.

Stimmrechtlich sind heute die Ämterdeputierten von Calw, Aigenbach, Althengstett, Auenberg, Bergorte, Dachtel, Gschlauen, Hirsau, Liebenzell, Neuhengstett, Neuweller, Oberhaugstett, Ostelsheim, Rutenbach, Simmohheim, Stammheim, Teinach, Unterreichenbach, Würzbach und Zabelstein.

In den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen sind befugt:

1. Die Ämterdeputierten der übrigen Gemeinden,
2. diejenigen ordentlichen Mitglieder des Bezirksrats, welche von der Ämterversammlung nicht aus der eigenen Mitte gewählt worden sind,
3. die der Ämterversammlung nicht angehörenden Mitglieder einer Kommission in Beschränkung auf diejenigen Angehörigen, zu deren Beforgung die Kommission niedergesetzt ist,
4. der Oberamtspfleger.

Hierbei werden die Herren Ämterdeputierten mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß die Tagesordnung ihnen demnächst mit der Post zugehen wird.

Calw, den 14. November 1919.

Oberamtsmann: G. S.

Betreff: Mehlerverföhrung.

Kusnahmsweise kann gegen die neuen Brotmarken mit den Buchstaben E, F, M, N mit je 375 Gramm Mehl, gültig vom 16. November 1919 bis 15. Dezember 1919 auf Wunsch auch Weizenmehl abgegeben bzw. gekauft werden.

Calw, den 14. November 1919.

Kommunalverband Calw: Oberamtsmann G. S.

Oberamt Calw.

Betreff: Errichtung einer Bezirksbauhoffstelle.

Zufolge Verordnung des Arbeitsministeriums v. 19. Oktober 1919 ist in jedem Bezirk eine

Bezirksbauhoffstelle

zu errichten, welcher die Aufgabe zufällt, die beschlagnahmten Bauhoffstoffe zu bewirtschaften, die einzelnen Baugesuche mit einer Gesamtlosumme unter 20 000 Mark nach ihrer Dringlichkeit zu prüfen und die bewirtschafteten Bauhoffstoffe hierauf zu verteilen.

In der Bezirksbauhoffstelle vom 10. November 1919 wurde die Bezirksbauhoffstelle besetzt wie folgt:

Vorsitzender: Oberamtsbauhau Meister Riederer, zugleich als ständiger Stellvertreter des Oberamtsvorstands.

- Mitglieder:
1. Vertreter der Bauunternehmer: Bauwerkmt. A. Alfer, Calw,
 2. Vertreter der Bauhandwerker: Maurermt. Gottlieb Pfeiffer, Calw.
 3. Vertreter der Bauarbeiter: Gipser Gottlob Kober, Stammheim.
 4. Vertreter der Baumaterialienhändler: Walter Rau in Calw.

Das Geschäftszimmer der Bezirksbauhoffstelle befindet sich im Amtskörperschaftsgebäude in Calw, Bahnhofsstraße 554.

Die Bezirksbauhoffstelle wird ihre Tätigkeit am 15. November 1919 beginnen. Zur Deckung des Kostenumschlags dieser Stelle werden Gebühren erhoben werden, deren Feststellung noch zu erfolgen hat. Bekanntmachung hierüber wird später erfolgen.

Calw, den 13. November 1919.

Oberamtsmann: G. S.

zwei Entschleifungen an. In der ersten, die durch Kunstspruch an die Wälder der Erde verbreitet werden soll, wird gesagt, daß der Oberste Rat seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe; 12 Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes warteten die deutschen Gefangenen in Frankreich vergeblich auf die Bekanntgabe des Datums ihres Abtransports. Ein neuer Winter bringe den Gefangenen und ihren Angehörigen den seelischen und körperlichen Zusammenbruch und Tod. Erhöhem verlange die französische Presse die Zurückhaltung der Gefangenen als Pfand, und der Oberste Rat drohe mit Zwangsmahnahmen. Das deutsche Volk fordere die gesamte Menschheit auf, sich zu vereinigen zu dem Rufe nach der sofortigen Heimsendung aller Gefangenen dieses Krieges. Eine zweite Entschleifung verlangte ein energisches Vorgehen der Nationalversammlung für die Heimförderung der deutschen Gefangenen, sowie die Anweisung der Regierung an die nach Paris zu entsendenden Vertreter, daß für die Zurückhaltung der Gefangenen, einschließlich der Internierten von Scava Flow, alle Zwangsmahnahmen ausgeschlossen sind, daß der Abtransport umgehend beginne und mit größter Beschleunigung beendet werde.

Auch ein Erfolg des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Berlin, 17. Nov. Den „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ zufolge hat die preussische Staatsbahn infolge des Metallarbeiterstreiks eine Minderleistung von etwa 40 neuen Lokomotiven seitens der Berliner Fabriken zu verzeichnen. Mehrere Hauptwerkstätten der Eisenbahnverwaltung haben beantragt, auch am Fuß- und Betttag arbeiten zu dürfen, um den starken Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven herabzumindern.

Aufhebung einer kommunistischen Propagandazentrale.

Berlin, 16. Nov. Die in Leipzig unterhaltene kommunistische Zentrale für Mitteldeutschland wurde, dem „B. Tgbl.“ zufolge, gestern von der Polizei aufgehoben. Dabei wurden sämtliche Bücher und Flugblätter beschlagnahmt und eine Anzahl kommunistischer Mitglieder verhaftet.

Das Existenzminimum im Solinger Industriegebiet.

Berlin, 17. Nov. In der „Freiheit“ wird eine vom 4. November stammende Aufstellung besprochen, nach der das städtische Lebensmittellamt in Solingen unter Hinzuziehung von Leben Gewerkschaftsbeamten und drei Hausfrauen das Existenzminimum für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im dortigen Industriebezirk auf wöchentlich 240 Mark, also monatlich 1040 Mark und 12 480 Mark im Jahre berechnet hat.

Gefängnisstrafe für Schwarzschlachtungen

in Bayern.

Die immer dringender werdenden Forderungen auf schärfste Bekämpfung der Schwarzschlachtungen haben das bayerische Ministerium für Landwirtschaft zu einer Aenderung der Verordnung vom 28. Oktober 1919 veranlaßt. Nach einer Bekanntmachung vom 9. November muß der Richter künftig in allen Fällen einer Schlachtung von Rindvieh, Schafen und Schweinen ohne vorhergehende Erlaubnis des Kommunalverbands auf Gefängnisstrafe erkennen; Geldstrafe allein darf nicht mehr ausgesprochen werden, wohl aber neben der Gefängnisstrafe auf eine entsprechende Geldstrafe. Dies gilt auch bei Vorliegen mildernder Umstände und im ersten Betretungsfall.

Die Verforgung Borsbergs.

CEB Vom Bodensee, 15. Nov. Bekanntlich fanden diese Tage in Berlin Verhandlungen über die Lebensmittelverforgung Borsbergs statt. Das Ergebnis der Verhandlungen bildete die Auflage der Lieferung von 250 Waggons Kartoffeln und 80 Waggons Mehl durch Deutschland. Von der Wiener Regierung wurde bereits Marschall zur Verfügung gestellt. Für das kommende Frühjahr sind weitere Sendungen von Kartoffeln in Aussicht gestellt. Aus Jugoslawien sind gegen 10 Waggons Fett im Anrollen, wofür Borsberg 100 Stück Vieh liefert. Aus der Schweiz sollen 10 Waggons Fett und 100 Waggons Weizen kommen, doch handelt es sich noch um die erforderliche Frankowaluta; letztere Sendung wird wohl in sehr „teures Gemüse“ werden.

Bermischtes.

Chefchmerzen der Entente.

ml. Das Tagesgespräch der Mischente, das der vor der Heirat mit Chinesen warnende Runderlach des französischen Ministers des Innern Pams ausgelöst hat, beherrscht noch immer die Straßen von Paris. Der amerikanische Generalkonsul in Paris hat nämlich inzwischen energisch Verwahrung gegen die an die Französinen gerichtete ministerielle Warnung eingelegt. Er verweist dieser gegenüber auf die große Zahl der in China zwischen Französinen und Chinesen geschlossenen Ehen, die nicht den geringsten Anlaß zu Klagen gegeben haben, und von denen die Mehrzahl ganz im Gegenteil als Vorbilder einer guten Ehe zu gelten haben. Kurz, er malt das Glück, das die Französinen an der Seite eines chinesischen Gatten erwartet, in so rosigem Farben, daß den heiratslustigen Französinen das Wasser im Munde zusammenlaufen muß. Die französische Regierung wird er freilich durch seine lockende Schilderung nicht eines besseren belehren. Sie sieht sich zudem durch den französischen Konsul in Peking unterstützt, der auf Grund seiner persönlichen Erfahrung die Warnung des Ministers wiederholt, die in den letzten Monaten beängstigend gestiegene Zahl der französisch-chinesischen Ehen geradezu für eine Gefahr erklärt. Die französisch-chinesische Mischente ist im übrigen nicht der einzige Stern am Himmel der internationalen Kriegeschen. Denn es handelt sich hier um ein Kapitel, das den Regierungen Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten mehr Arbeiten macht, als ihnen lieb ist. Besonders Aufsehen erregte in der Anglisch-amerikanischen Mischente der jetzt aus Licht getommene Fall eines australischen Soldaten, der im Verlaufe des Krieges nicht weniger als acht Französinen geheiratet hat. So oft sein Regiment die Stellung wechselte, nahm er eine neue Frau, und es ist bei der Unersättlichkeit des heiratslustigen Australiers noch ein wahres Glück, daß sein Regiment die Stellung nicht noch öfter gewechselt hat.

Wachstum und Wachstumskraft der Pilze.

ml. Das schnelle Wachstum der Pilze ist bekanntlich sprichwörtlich geworden, sobald der Laie ohne weiteres annimmt, jeder Pilz „schleife“ über Nacht aus der Erde. Es gibt aber gerade in dieser Hinsicht auch Ausnahmen, da wie hinterher im „Witz- und Kräuterfreund“ darlegt, manche Pilzarten sogar viele Wochen brauchen, ehe sie ihre volle Entwicklung erreicht haben. Gewisse Pilze zeigen freilich eine Wachstumsgeschwindigkeit, die ganz verblüffend wirkt. So beispielsweise der in Waldschluchten vorkommende Riesenbovist (Lycoperdubovista), der gewöhnlich die Größe eines Rindskopfes, manchmal aber auch die eines großen Kürbisses erreicht und bis zu einem Zentner schwer werden kann. Denn es man die Wachstumsergie dieses Riesen unterwirft, erobert sich, daß er im Laufe einer einzigen Stunde nicht weniger als 20 000 Zellen entwickelte, sich also in jeder Sekunde um 5 bis 6 Zellen vergrößert. Hinter dieser Wachstumsgeschwindigkeit müssen natürlich die aller anderen schnellwachsenden Gemächse weit zurückbleiben, sogar der Bambus, der während eines Jahres bis zu 44 cm an Länge zunehmen kann, vermag es dem Bovist nicht nachzutun.

Dieselbe üppige Erzeugungskraft kann man beim Riesenbovist auch hinsichtlich der Bildung seiner Sporen beobachten, die er in Mengen von 6 bis 7 Billionen hervorbringt. Auch hier steht die Produktion weit über der der anderen Pilze, wie z. B. des Champignons, der in der Regel „nur“ 5 Milliarden Sporen erzeugt. Gleichzeitig mit ihrem energischen Wachstum äußern viele Pilze auch eine ansehnliche „Körperkraft“. So bemerkte man vor einigen Jahren in einer deutschen Großstadt auf dem Asphaltbelag des Gehsteiges einer Straße und zwar nahe eines Gartens eine beunruhigende Erhöhung, die, wie die Untersuchung zeigte, dadurch entstanden war, daß sich unter ihr Champignons angehäuft hatten. Die Wachstumsergie der kleinen Pilze hatte die harte Asphaltdecke in die Höhe zu heben vermocht. Noch mehr Kraft entwickelten die gleichen Pilze im Schutthof einer städtischen Volksschule, in dem sich eine Gehbahn befand, die mit Zementplatten von je 20 Pfund belegt war. Eines Tages fand man nämlich eine dieser Platten um 1 1/2 cm in die Höhe gehoben und als man nachsah, standen unter ihr 14 weiße Champignons von Daumenhöhe.

Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.
 Auf Lebensmittelmarken Nr. 176 können bis Mittwoch, 19. ds., Erbsen bestellt werden. Die Kleinhandl. haben die Bestellmarken am Donnerstag, 20. ds., auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, abzuliefern.
 Am Mittwoch, 19. ds., vormittags von 8-12 Uhr, werden auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, Kartoffeln verkauft. Preis Mk. 15.- der Zentner.

Althengstett, den 16. November 1919.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Großmutter und Schwiegermutter
Henriette Frohnmeyer Witwe
 sagen wir herzlichen Dank
 die trauernden Hinterbliebenen.

Witzbach, den 17. November 1919.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die uns in unserer schweren Krankheit u. beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin
Anna Maria Reischler,
 erfahren durften, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Helbling, sowie für den erhabenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Bauschert mit seinen Schülern, sowie für den letzten Liebesdienst der Herren Ehrenträger, sowie für die zahlreiche Begleitung zu Ihrer letzten Ruhestätte, sagen wir unsern herzlichsten Dank
 die trauernden Hinterbliebenen.

Wir empfehlen:
Handschuhe
 in Stoff und Glasé sowie
Belzwaren,
Mützen,
Hosenträger
 usw. bei mäßigen Preisen.
 Geschw. Deuschle.

Alte Gebisse
 werden zu höchsten Preisen nach auswärts von Dame zu kaufen gesucht. Kommt jede Woche nach dort. Gest. Adressenangabe behufs Wohnung an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
 Gesucht werden 1 Paar gut-erhaltene
Kavallerie-Siefel
 Größe 30-30 1/2.
 Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Mittwoch, den 19. November von vormittags 9 Uhr, stehen in unserer Stallung im Gasthaus zum „Löwen“
 in Calw
 ein sehr großer Transport
 erfruchtig, starker junger Milchkuhe,
 trächtiger Kühe
 und trächtiger
 Kalbinnen,
 schwere und leichte Zugtiere,
 sowie schönes Jungvieh
 nach den gesetzlichen Bestimmungen
 zum Verkauf, wozu Liebhaber freundl. einladen
Rubin und Max Löwengart.



Amtsgericht Calw.
 Die Reihenfolge, in welcher die für das Jahr 1920 gewählten Schöffen an den ordentlichen Sitzungstagen des Schöffengerichts - jeder Mittwoch, soweit auf ihn nicht ein bürgerlicher Feiertag fällt - wird durch Auslosung in der am
Mittwoch, den 26. November 1919, vormittags 11 Uhr
 stattfindenden öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts bestimmt werden.
 Den 15. November 1919.
 Landgerichtsrat Hölder.

Calw.
 Durch Gemeinderatsbeschluss vom 6. November 1919 wurden die
Gaspreise
 ab 1. Dezember 1919 wie folgt festgesetzt:
Leuchtgas: in Calw 55 Pfg. für 1 cbm,
 in Hirsau 61 Pfg. für 1 cbm,
Motorogas: in Calw 54 Pfg. für 1 cbm,
 Calw, den 17. November 1919.
 Städt. Gaswerk: S. R. Schladt.

Verloren
 ein zwischen Stammheim u. Calw
 1 **Maaschelle** samt Knopf.
 Bitte abzugeben geg. Belohnung
 bei G. Barth, Lederstraße 89.
 Diese Woche garantiert
 Original!

Rodter Geld Lotterie
 Ziehung am 20. Novbr. 1919
 25000 Gewinn mit zum Mk.
40000
 Hauptgewinn
 bar ohne Abzug Mark
15000
5000
2000
 Los 2 zu 1 M., 12 Lose 12 M.,
 50 Pfg. mehr, zu beziehen durch
 die Lotterieleitungen
 J. Schwoickert Eberh. Felzer
 Stuttgart Stuttgart
 Markstraße 66 Postfach 56
 Postfach 56 Postfach 56
 Nr. 2055 Nr. 8413
 Bei allen Verkaufsstellen.

**Remy-Reisstrahlen-
 Stärke**
 empfiehlt
 Ch. Schlatterer.
Seife
 ist wieder zu haben
 Paul Burkhardt, Bäckerei.
2 Sportwagen
 1 Paar lange
Offiziersstiefel
 Größe 44, verkauft
 Rudolf Haller, Calw.
„Nissin“
 gegen
Kopfläuse
 Nichts anderes nehmen!
 Zu haben in der Neuen Apotheke.

Weiss,
 Englands Politik
 und Entwicklung.
 Geheftet Mk. 1.60, gebunden Mk. 2.40, erhältl. in den hiesigen Buchhandlungen.

Interessante Bücher
 Geschäftsbriefsteller Mk. 2.50
 Liebesbriefsteller „ 2.50
 Großes Traumbuch „ 2.50
 Taschenbuch „ 2.50
 2092 Liebesverse „ 2.00
 1000 Schmadahnska „ 1.50
 Witze zum Lachen „ 1.50
 Großes Kochbuch „ 2.50
 Großes Näselbuch „ 3.50
 Hochzeitsgedichte „ 2.50
 Hausdoktor „ 2.50
 Hauskranz „ 2.50
 Albumerie „ 2.00
 Verlag Johanna Stopp,
 München, Hohenzollernstr. 77.

Calwer Lieberkranz
 Dienstag 11 Uhr
 Kirche.
 Ziehung garant. 20. November
 Gemeindehaus Rodt-
 Lese à 1 Mk.
Neberlinger-Lose
 à 3 Mk. empfiehlt
 Friseur Witz, Marktplatz.

Mädchen-Gesuch.
 Nach Stuttgart suche ich für
 meine Tochter ein fleißiges und
 pünktliches
Mädchen
 zu baldigem Eintritt
 Frau Kaufmann Dreiß.

Ehrliches Mädchen
 für einige Stunden des Tages
 gesucht. Von wem sagt die
 Geschäftsstelle des Blattes.
 Gesucht wird ein tücht., solides
Zimmermädchen.
 Von wem sagt die Geschäfts-
 stelle des Blattes.

Mädchen-Gesuch.
 Tüchtiges solides
Zimmermädchen
 geeigneten Alters, das auch nähen
 und bügeln kann, in ein Ein-
 familienhaus, bei hohem Lohn
 gesucht.
 Frau Fabrikbesitzer Feßler,
 Pforzheim, Lindenstraße 36.

Ehrliches ordentliches Mädchen
 das selbständig kochen kann, so-
 fort für Pforzheim gesucht.
 Frau Huthsteiner, Ritter-
 Drogerie, Calw.
 Fleißige, ordentliches
Mädchen
 für Privathaus, bei gutem
 Lohn sofort gesucht.
 Frau Brimmer, Pforzheim,
 Güterstraße 38.

Suche für sofort einen tüchtigen
Bierführer
 Oskar Schlanderer,
 Bierdepot Calw.
 Ein gebrauchter, guterhaltener
Kindervagen
 wird zu kaufen gesucht.
 Von wem sagt die Geschäfts-
 stelle des Blattes.

Einfache
Schlafstelle
 für Lehrlinge zum 15. Novbr.
 gesucht.
 Näheres Bismarckstraße 453 part.
 rechts od. in d. Geschäftsst. d. Bl.
Größere Kisten
 gibt ab Ritter-Drogerie Calw.

Achtung!
Metallarbeiter.
 Heute Montag, den 17. ds., findet im Gasthaus z. „Schiff“
 abends um 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 statt, betreffs
**Stellungnahme zur Generalversammlung
 und eigener Angelegenheiten.**
 Erscheinen ist dringend notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Ein gutgehendes
Sattler- und Tapezier-Geschäft
 zu kaufen gesucht.
 Käufer ist ledig, anfangs 30 und wäre passender Ein-
 heirat auch nicht abgeneigt. Gest. Angebote auch von
 Vermittler erbeten unt. St. L. 1993 an Invalidenbank,
 Annoncen-Expedition, Stuttgart.

Zur Gewinnung von **Stockholz**
 verwenden Sie bei Zeit- und Geldersparnis nur
Sicherheits-Sprengstoffe
 Ammoniumnitrat
 Patronen, Kapseln und Zündschnüre
 laufend am Lager.
 Gesuche zur Erwirkung eines Erlaubnisbescheines werden
 kostenlos überandt.
J. Strom's Nachf., Troffingen (Württ.)

**Kaufe jedes Quantum
 Stockholz zum höchsten
 Tagespreis.**
 E. Rafz, zum „Badischen Hof“.

Guterhaltene
Ziehharmonika
 zweireihig, sowie einen 4 Monate
 alten
Halb-Hund
 hat billig zu verkaufen.
 Karl Steimle jun.
 Liebersberg.

Zur Baumpflege empfiehlt:
Abenarius-Baumspitzmittel
Insektenschutzmittel
Karpenkeim u. Desinfizier
Baumwachs (Kalkmilch)
Kalkabast
 R. Hauber.

Ostelsheim.
 Einen 14 Monate alten
Stier
 hat zu verkaufen
 Gottlob Gann.

Zwenberg.
 Eine ältere, neuweilige, gute
Ruh
 hat preiswert zu verkaufen
 Straßenwart Klink.

Simmogheim.
 Eine ältere, fehlerfreie, gute
Ruh
 38 Wochen trächtig, hat zu ver-
 kaufen
 Jakob Dürr, Bauer.

Neuweiler.
 Unterzeichneter legt einen 1 1/2
 jährigen
**Lehr-
 Stier**
 dem Verkauf aus
 Burkhardt, z. Lamm.

Nächsten Mittwoch, den 19. November,
 von morgens 1/2 8 Uhr ab steht im Gasthof
 zum „Badischen Hof“
 in Calw
 ein großer Transport
 starker hochträcht.
Kalbinnen,
 trächtiger Kühe, Milchkuhe und
Schaffkuhe
 zum Verkauf, wozu Liebhaber freundl. einladen
Rubin und Salomon Löwengart.
 Bescheinigungen müssen die Käufer
 mitbringen.
 Das „Calwer Tagblatt“
 kann jederzeit bestellt werden.

